Nr. 9. 32. Jahrgang

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Amtsblatt

Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 31307 Telegr.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden
und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Lößnitzgemeinden, Dresden-Striesen, -Neugruna und -Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 6.— ausschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 6.—, monatlich 2.10; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 5.40, monatlich 1.80.

Blasewitz
Dienstag, 13. Januar 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum 70 Pf., im Textteile die Zeile 1.60 Mk., für An- und Verkäufe und dergleichen 65 Pf., Tabellen- und schwieriger Satz 50% Aufschlag. Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Kaiserbriefe.

In der Enthüllungswelle, die nicht etwa über die Entente, sondern über Deutschland und Oesterreich-Ungarn hinweggeht, sind in der letzten Zeit auch eine Anzahl von Kaiserbriefen aufgetaucht. Eine Klasse für sich bildet der Brief, den Kaiser Karl von Oesterreich-Ungarn an den Prinzen Sixtus v. Parma geschrieben hat, ein Brief, dessen Vorhandensein früher schon bekannt war, der aber erst jetzt im Wortlaut veröffentlicht worden. Er bringt den Beweis dafür, daß die Nibelungentreue, die auf Deutschlands Seite das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn belebte, von dem jungen Monarchen der österreichisch-ungarischen Monarchie mit blankem Verrat gelohnt worden ist. Kaiser Karl hat im Jahre 1917 auf einen Sonderfrieden Oesterreich-Ungarns mit der Entente hingearbeitet, und Graf Czernin hat ihn dabei, wie jetzt erwiesen ist, zum mindesten nicht im Wege gestanden. Der Sonderfrieden wäre nur unter Preisgabe Deutschlands und seiner damals noch äußerlich anerkannten Ansprüche auf Elsaß-Lothringen und auf die Unversehrtheit des Reichsgebietes möglich gewesen. Die Fäden dieses Verrats sind emsig zwischen Kaiser Karl und den feindlichen Staatsmännern in Paris und London unter Ausschluß Italiens gesponnen worden. Jedenfalls wußte man spätestens im Sommer 1917 auf der Ententeseite ganz genau, daß Oesterreich-Ungarn zu kapitulieren bereit war. Daß der U-Bootkrieg unter diesen Umständen nicht mehr wie die Tat eines entschlossenen und lebenskräftigen Gegners, sondern wie der Verzweiflungsakt eines Ertrinkenden wirken mußte, ist nicht zu verwundern. Wenn man noch den Verrat der Czerninschen Denkschrift und die deutsche Friedensresolution hinzunimmt, so brauchen wir wirklich nicht mehr nach Gründen zu suchen, die den militärischen Erfolg des U-Bootkrieges politisch unwirksam gemacht haben.

Eine andere Art von Kaiserbriefen ist durch russische Vermittlung ans Licht gekommen. Er handelt sich dabei um Briefe, die Kaiser Wilhelm an den Zaren geschrieben hat und die man nach der Ermordung der Zarenfamilie in dessen Hinterlassenschaft gefunden hat. Die bruchstückweise Veröffentlichung dieser Briefe gestattet noch kein abschließendes Urteil über den gesamten Briefwechsel. Aber sie läßt uns doch in die Art, wie bei uns auswärtige Politik gemacht worden ist, einen lehrreichen Blick tun. Kaiser Wilhelm betrachtete offenbar die auswärtige Politik als seine persönliche Angelegenheit, die er unmittelbar mit dem Zaren Nikolaus ins reine zu bringen habe. Sein deutlich erkennbares Streben ging dahin, das absolute Vertrauen des Zaren zu gewinnen und der russischen Politik eine Richtung nach Ostasien zu geben. Offenbar glaubte der Kaiser auf diese Weise jede Reibungsfläche zwischen Rußland und Deutschland zu beseitigen und das Reich des Zaren so eng an sich zu fesseln, daß auch Frankreich im Kielwasser der russischen Politik zu Deutschland in ein freundschaftliches Verhältnis treten mußte. Diese Politik findet ihre Krönung in Vertragsentwürfen, die im Jahre 1904 zwischen dem Kaiser und dem Zaren ausgetauscht worden sind. Sie verlief aber schließlich doch völlig im Sande, und zwar aus verschiedenen Gründen. Der Hauptgrund des Mißerfolges liegt wohl darin, daß Frankreich doch nicht so glatt und einfach in der Rechnung aufging, wie der Kaiser sich vorgestellt haben mag. In den oben erwähnten Vertragsentwürfen tritt das am deutlichsten darin hervor, daß der Zar Frankreich erst in die Abmachungen einweihen und es alsdann verpflichten will, sich als Verbündeter anzuschließen, während Kaiser Wilhelm darauf ausgeht, lediglich zwischen Deutschland und Rußland ein Bündnis herzustellen und dann „vorkommendenfalls" gemeinsame Sache mit Rußland zu machen, „um Frankreich zur Beachtung der Verbindlichkeiten aufzufordern, die es nach dem Wortlaute des französisch-russischen Bündnisvertrages übernommen hat". Das hätte also gegebenenfalls einen überraschenden und starken Druck Rußlands auf Frankreich bedeutet. So weit ging der Zar nicht und darüber sind offenbar die Bündnisverhandlungen ins Stocken geraten.

Man muß sich aber fragen, ob die ganzen Verhandlungen auf russischer Seite überhaupt aufrichtig gemeint waren. Es ist bezeichnend, daß der deutsche Kaiser sich in einem seiner Briefe über Spionage beklagen muß, die von der russischen Flotte ganz offenkundig verübt worden ist, als sie bei der Eröffnung des Kaiser-Wilhelms-Kanals bei uns zu Gaste war. So ist zweifellos auch das rückhaltlose Vertrauen, das Kaiser Wilhelm dem Zaren durch die Mitteilung der allerwichtigsten Ereignisse und Tatsachen entgegenbrachte, auf russischer Seite mißbraucht worden. Es war zudem ein sehr großer Irrtum des Kaisers, zu glauben, daß er durch persönliche Vereinbarungen mit dem Zaren Weltpolitik machen könne. Die Triebkräfte dieser Politik sind denn doch ganz andere, und sie hat der Kaiser übersehen. So gewinnen wir auch aus den Briefen, die er mit dem Zaren gewechselt hat, den Eindruck jener impulsiven und rein persönlich gehaltenen Illusionspolitik, die bis in die Julitage des Jahres 1914 währte, und die uns gegenüber der kaltberechnenden und sicheren Politik der Entente völlig in die aussichtslose Hinterhand des diplomatischen Spiels gebracht hat.

Eine Regierungskundgebung gegen die gewissenlosen Streikhetzer.

Nachstehende gemeinsame Kundgebung der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung wird von WTB. verbreitet:

Der Tag des Friedensschlusses, mit dem die Zeit der schwersten Lasten und Leistungen für uns anbricht, trifft Deutschland inmitten einer neuen Streikbewegung. Die Eisenbahnen stehen in vielen Teilen des Vaterlandes still. Manche Städte sind ohne Lebensmittelzüge, ganze Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung. Was wir in dem unglücklichen Wien schaudernd mit erleben, ein Massensterben der Säuglinge und der Greise, kann auch bei uns ausbrechen, wenn kein Milchzug mehr in die Stadt kommt. Und warum?

Nicht weil die Eisenbahnarbeiter jetzt noch unter dem Zwange der Not einen wirtschaftlichen Kampf auszufechten haben. Der von ihnen verlangte Tarifvertrag soll mit Rückwirkung vom 1. Januar gelten, die Tarifverhandlungen sind im besten Gange und werden von beiden Teilen in voller Einmütigkeit geführt. In neun Direktionsbezirken sind die Stundenlöhne bereits um durchschnittlich eine Mark erhöht, eine ähnliche Erhöhung steht für die übrigen Bezirke in Aussicht. Der Beamtenschaft ist eine Teuerungszulage von 150 v. H. bereits zugesagt. Das heißt eine Mehrbelastung von mehreren Milliarden, eine Verschsfachung der Friedenstarife für Personen und Güter. Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlose Elemente namentlich außerhalb der Organisationen schüren aber den politischen Kampf gegen das Volk auf Kosten des Volkes. Sie wollen das Volk zermürben durch Hunger, Kälte und Tod.

Und die Folgen nach außen? Der Friedensschluß stellt uns vor schwere Pflichten. Die Besatzungstruppen des Verbandes sind in die Abstimmungsgebiete zu transportieren. Kohlen, Maschinen, Heeresgerät, Milchkühe und vieles andere sind an den Verband abzuliefern, alles in bestimmten, knapp bemessenen Fristen. Bleiben wir mit unseren Vertragspflichten im Rückstand, so drohen uns neue Repressalien und Belastungen. Darf die endlich erreichte Heimkehr unserer Kriegsgefangenen Gründer, die jetzt gestern abtransportiert werden, auch nur um eine Stunde verzögert werden? Wollen sich die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen solch frevelhaftes Spiel gefallen lassen?

Nein! Die preußische und die Reichsregierung rufen dem ganzen Volke zu: Laßt Euch diese tödliche Bedrohung nicht bieten! Steht zur Regierung, die diesen gewissenlosen Maßnahmen entgegentreten wird! Der neue Tarifvertrag erfordert für die Allgemeinheit kaum erschwingliche Mittel; damit ist die Grenze erreicht. All die wilden Forderungen außerhalb der Organisationsleitungen fordernder Agitatoren, vor allem nach Bezahlung der Streiktage, sind ein für allemal abgelehnt.

Die preußische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahnarbeiter im Namen und im Interesse des gesamten Volkes dringend auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen. Jeder Streiktag zieht den Hungerriemen der gezwungenermaßen feiernden Arbeiter enger und beschwört außen- und innerpolitisches Elend herauf. Laßt nicht weiter mit Euch spielen! Jagt die Verführer von Euch! Macht Euch nicht mitschuldig am Unglück Eurer Nachbarn und Arbeitsgenossen! Denkt an die 400 000 Kriegsgefangenen, die Euer Vorgehen an der Schwelle der Heimat von Frau und Familie aussperrt!

Wir werden mit aller Macht und allem Nachdruck diese Folgen zu verhindern suchen. Wo es nottut, wird auf Grund des § 48 der Reichsverfassung der Ausnahmezustand verhängt. Es geht nicht um Partei oder Politik, es geht um das Dasein von uns allen. Wer das Leben seines Volkes will, kämpfe mit uns gegen die Zerstörung!

Fortdauer des Eisenbahnerstreiks.

Trotzdem die Regierung, wie bereits in letzter Nummer berichtet, den Eisenbahnarbeitern in weitgehender Weise durch Lohnerhöhung entgegengekommen ist, hat der Streik an Ausdehnung zugenommen. Es tritt immer klarer zutage, daß der Streik von politischen Hetzern, Unabhängigen, Spartakisten und Kommunisten, in unverantwortlicher Weise geschürt wird. Die drei politischen Parteien wollen bekanntlich in dieser Woche anläßlich des Todestages von Liebknecht und Rosa Luxemburg die Regierung stürzen und gebrauchen die Eisenbahner dazu als Werkzeug, indem sie den ganzen Verkehr hemmen wollen. Durch die Stockung in der Lebensmittelzufuhr kommen wir sehr schnell zum wirtschaftlichen Zusammenbruch und die politischen Hetzer glauben, ein hungerndes Volk für ihre verdammenswerten Pläne willfähiger zu finden. Die Regierung ergreift jetzt, wo es um ihre Existenz geht, die schärfsten Maßnahmen, wie aus nachstehenden Meldungen ersichtlich ist:

Berlin, 11. Januar. Der Reichspräsident erläßt mit Zustimmung des Reichsministeriums eine Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden, wonach die in Art. 48 der Reichsverfassung vorgesehenen Beschränkungen usw. zulässig und die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister übertragen wird. Die Anweisungen des Militärbefehlshabers auf dem Gebiete der Zivilverwaltung erfolgen mit Zustimmung eines Regierungskommissars. Zum Militärbefehlshaber ist General v. Natter, zum Regierungskommissar Reichskommissar Severing ernannt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Gleichzeitig untersagt eine Verordnung des Militärbefehlshabers die Stillegung lebenswichtiger Betriebe, wie des öffentlichen Verkehrs, sowie der Anlagen für Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle.

Berlin, 11. Januar. Der Militärbefehlshaber der Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden wird mit Zustimmung des Reichskabinetts eine Verordnung folgenden Inhalts erlassen: Mit Zustimmung des Regierungskommissars ordne ich auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes an: Jede Betätigung durch Wort oder Schrift, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stillegung zu bringen, wird verboten. Als lebenswichtige Betriebe gelten die wichtigen Verkehrsmittel, sowie die Anlagen und Einrichtungen zur Gewinnung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Zuwiderhandlungen werden nach Maßgabe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 bestraft.

Es liegen außerdem noch folgende Nachrichten vor:

Berlin, 11. Januar. Der preußische Eisenbahnminister hat durch allgemeinen Dienstbefehl angeordnet, daß den streikenden Eisenbahnern für die Dauer der Arbeitseinstellung kein Lohn auszuzahlen ist und daß Streikende, die nach Aufforderung zur Arbeitsaufnahme nicht zurückkehren, zu entlassen sind.

Kattowitz, 11. Januar. Seit Sonnabend hat sich die Lage im oberschlesischen Eisenbahnbetriebe weiter verschärft. Eine heute in Gleichwitz abgehaltene Arbeiterversammlung wird über die Streiklage Beschluß fassen. Die Notstandsarbeiten werden zum größten Teil noch verrichtet. Unruhen, Störungen und Sabotagefälle sind bisher nicht zu verzeichnen. Der Güterverkehr wird in beschränktem Umfange aufrechterhalten. Der Personenverkehr wickelt sich noch glatt ab, dem wird mit einer weiteren Verschlechterung der Lage für Montag gerechnet.

Beuthen, 11. Januar. Die Streiklage der Eisenbahner hat sich seit Freitag verschärft. Heute vormittag sind die Arbeiter von Beuthen, Ratibor, Kandrzin und anderen Orten in den Ausstand getreten, obwohl die Eisenbahnverwaltung sich zu Beratungen mit den Eisenbahnarbeitern bereit erklärt hat. Die Zentralleitung der Gewerkschaft hatte den Streik für unberechtigt erklärt.

Düsseldorf, 11. Januar. In einer von mehreren tausend Eisenbahnern besuchten Versammlung wurde heute abend mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, den Streik fortzuführen, da der Verdacht bestehe, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit sich die Verhandlungen in Berlin in die Länge ziehen werden. Um den Forderungen der Eisenbahner Nachdruck zu verleihen, wurde verlangt, auch die Kohlenzufuhren für das städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk einzustellen. Die Streikleitung ist zu Verhandlungen nach Berlin gerufen worden.

Elberfeld, 11. Januar. Unter den streikenden Eisenbahnern macht sich gegenwärtig eine sehr radikale Strömung geltend, die die Einstellung der Notstandsarbeiten (Z. Zug., Lebensmittel- und Milchzüge) verlangt, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Geschäftsreisen nach dem Ausland!*)

Motto: Wem Gott will recht Gunst erweisen,
Den schickt er in die weite Welt.

„Ihre Ausführungen in Nr. 8 unter der Marke: Der deutsche Geschäftsreisende reist nicht mehr nach dem Auslande" sind ja wirklich aktuell genug, und da ich hie und da Gelegenheit habe, außerhalb des großen zentraleuropäischen Kerkers der ungefähr 60 Millionen Gefangene beherbergt, zu kommen, gestatten Sie mir einige persönliche Bemerkungen:

Vor mehreren Wochen hatte ich schon einmal Gelegenheit, an dieser Stelle über Export und Wirtschaftsmöglichkeiten zu schreiben und habe darauf hingewiesen, daß man an vielen Stellen keine rechte Vorstellung von heutigen Exportmöglichkeiten habe. Zum heutigen Stand dieser Dinge kann man sein Urteil getrost dahin zusammen fassen: „Der Konkursausverkauf geht seinem Ende entgegen." Daß die Auslandsreisen vieler deutschen Exportfirmen in den vergangenen Monaten stark zurückgegangen sind, dürfte keine Ursache wohl darin haben, daß die Exportmöglichkeiten von Tag zu Tag geringer werden, weil eben die Produktion immer mehr zurückgeht und wir infolgedessen nichts mehr anzubieten haben. Wenn eine Reichsregierung heute der Hoffnung Ausdruck gibt, sie werde bei eintretendem Mangel an Inlandsgetreide schon die nötigen Auslandsdevisen in die Hand bekommen, um Cerealien im Auslande kaufen zu können, so möchte man sie um ihr kindliches Gemüt beneiden. Erfahrene Exporteure wissen in diesen Dingen Bescheid und sehen heute mit Schrecken zu, wie kostbare deutsche Rohstoffe — nicht zuletzt auch Kohle — ausgeführt werden, bezw. der deutschen Industrie entführt werden, und das Volk brotlos machen. Auch diese sog. „Wirtschaft" wird bald ein Ende haben und man frägt anstaunt, von was man denn noch sein bischen Leben fristen soll und dabei die ungeheuren Lasten tragen.

Will man trotz diesen Erwägungen einmal eine sogen. Entdeckungstour wagen, dann eben kommt die zweite große Schwierigkeit: Die Valutafrage. Dreihundert bis vierhundert Mark tägliche Spesen beim heutigen Stand des Geldes müssen in Berechnung gezogen werden, dafür aber hat man wenigstens die eine Genugtuung, daß man sich täglich und ungeniert satt essen kann, sowie daß man sich auf Reisen wieder Mensch fühlt. Für Reisen innerhalb Deutschlands hat also das eingangs angeführte Motto keine Beziehung, denn da ist das Reisen ein Höllenleben und das unehrliche Benehmen gewisser Eisenbahnangestellter eine Schande, die man ihnen nie zugemutet hätte.

*) Siehe Artikel „Der deutsche Geschäftsreisende reist nicht mehr nach dem Auslande" in voriger Nummer. D. Sch.